

## Wohnungspolitik:

# Vor großen Herausforderungen

Iris Spranger: Die SPD ist und bleibt die Partei der Mieterinnen und Mieter

**Berlins Bevölkerung ist in den vergangenen vier Jahren um 175.000 Menschen gewachsen und dieser Trend hält an. Die Attraktivität unserer Stadt bleibt - und das ist erfreulich - ungebrochen. Doch das Phänomen der „Wachsenden Stadt“ hat auch seine Schattenseite: Die soziale Mischung unserer Stadt kann schnell in Gefahr geraten, wenn Wohnungssuchende mit geringen Einkommen nur noch in preisgünstigere Lagen außerhalb des S-Bahn-rings ziehen können.**

Ein Verdrängungsmechanismus, den wir als Bau- und Wohnungspolitiker nicht akzeptieren. Daher haben wir in der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses - gemeinsam mit dem Senat - ein ganzes Bündel von Maßnahmen beschlossen, die ihre Wirkungen nicht verfehlen werden. Als Bündel verhindern sie bereits jetzt, dass die Mieten ins Uferlose steigen.

## NEUBAU WIRD IN DER STADT SICHTBAR

Die von uns begonnen Neubauaktivitäten werden in vielen Quartieren immer sichtbarer. Davon profitieren nicht nur zugezogene Neuberliner, sondern auch die hiesige Bevölkerung. Beide Gruppen gegeneinander auszuspielen wäre grundlegend falsch. Unsere Stadt ist für alle da. Daher müssen wir unseren Weg konsequent weiterbeschreiten und es bedarf weiterer Kraftanstrengungen, die von Partei, Fraktion und Senat nur gemeinsam unternommen werden können.

Deshalb freue ich mich als Abgeordnete, aber auch als stellvertretende SPD-Landesvorsitzende ganz besonders, dass sich bei der Wahlprogrammkonferenz am 21. September 2015 so viele Genossinnen und Genossen beteiligt haben. Die Ergebnisse fließen unmittelbar in die weitere Diskussion des Wahlprogramms ein.

## EINIGUNG BEIM MIETENVOLKSENTSCHEID

Die Einigung mit den Initiatoren des sogenannten „Mietenvolksentscheids“ ist ein großer Erfolg und weit mehr als nur ein Kompromiss: Sie zeigt, dass die ehrliche Auseinandersetzung zu politischen Ergebnissen führen kann, die wir als Partei und Fraktion teilen.

Die SPD ist und bleibt die Mieterpartei der Stadt! Wir haben den Mieterschutz gestärkt, Zweckentfremdung verboten und



Iris Spranger ist stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und bau-, mieten- und wohnpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Foto: privat

eine Kappungsgrenze bei Sozialmieten eingeführt. Wuchermieten werden wir auch künftig nicht subventionieren - die Wohnungsbauförderung der 80er und 90er Jahre bleibt Geschichte.

Die politischen Schnittmengen mit der Initiative und die Vernunft auf beiden Seiten haben am Ende überwogen. Mit dem Gesetz zur Wohnraumversorgung erhöhen wir die Förderung des Wohnungsneubaus auf 900 Millionen Euro. Das Eigenkapital der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften steigt auf rund 300 Millionen Euro und für den Sozialen Mietenausgleich stehen nochmals rund 200 Millionen Euro zur Verfügung.

Das ist ein großartiger gemeinsamer Erfolg. Als verantwortliche Fachpolitikerin habe ich an einigen Verhandlungsrunden teilgenommen und tolle Leute kennengelernt, die für unsere Stadt brennen. Für ihr Engagement danke ich den Initiatoren von ganzem Herzen.

Ungeachtet dessen, ergänzen wir unsere Bemühungen für mehr sozialen Wohnraum. Mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 wird das Programmvolumen der im Jahr 2014 neu aufgelegten Wohnungsneubau-fonds in 2016 auf 2.500 Wohnungseinheiten und ab 2017 nochmals auf 3.000 Wohnungseinheiten pro Jahr ausgeweitet. Um die hohen Zielerwartungen erfüllen zu können,

werden wir jedoch nicht umhin kommen auch private Bauherren in die Förderumiteinzubeziehen. Dazu gehört in erster Linie die Förderung unserer Genossenschaften.

## DIE BIMA UND DAS DRAGONER-AREAL

Der Verkauf des Dragoner-Areals Kreuzberg ist vorerst gestoppt. Die Überzeugungsarbeit von Finanzsenator Klatz-Ahnen im Finanzausschuss des Bundesrates war erfolgreich: Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hatte das Grundstück zum Höchstpreis veräußern wollen. Grundsätzlich - und das haben wir als Fraktion im Abgeordnetenhaus und Bundestag bereits vor über einem Jahr thematisiert - stellt sich die Frage, ob der Bund mit seiner Liegenschaftspolitik hohe Privatisierungserlöse oder eine möglichst gemeinwohlorientierte Nutzung erzielen soll.

Durch die bisherige Verkaufspraxis werden Immobilien- und damit auch die Mietpreise unnötig angeheizt. Insofern sende ich die SPD-Bundesminister das genaue richtige Signal aus, wenn sie die Mitzeichnung des Nachtragshaushalts so lange verweigern bis eine Lösung in der Sache vorliegt.

Bezogen auf das Dragoner-Areal wäre preisgünstiger Wohnraum über einem Verkaufswert von 18 Millionen Euro nie mehr realisierbar gewesen. Ziel muss sein, das Grundstück in Landeseigentum zu überführen und durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften entwickeln zu lassen.

## MEHR WOHNUNGEN FÜR FLÜCHTLINGE

Natürlich bezogen sich die hier erwähnten Maßnahmen im Wesentlichen auf das Wachstum der Stadt, noch bevor die Anzahl der Asylsuchenden sprunghaft angestiegen ist. Wir werden uns weiter anstrengen müssen, die nun vor uns liegenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Würdige Unterbringungen sind dabei keine Frage der Asylbewerberleistungsgesetzes, sondern ein Gebot der Menschlichkeit.

Ich freue mich, dass sich Bund und Länder auf eine Finanzierung geeinigt haben und Kommunen und Bezirke bei der Bewältigung ihrer Aufgaben organisatorisch personell und finanziell unterstützen.

Iris Spranger